Nummer 396

Mit Kurszettel **Berliner Börsen-Zeitung** Mit Kurszettel

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Politischer Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: F. Köppen, Berlin-Friedenau.

Abendausgabe . 20 Pfennig. 72. Jahrgang Donnerstag, 26. August 1926

Verantwortlich für den Inseratenteil i. V. Direktor A. Lorey, Berlin W 8. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Die Entpolitisierung der Schule.

Das „Deutsche Philologenblatt" veröffentlicht soeben an leitender Stelle einen Aufsatz, der sich mit dem Problem „Politik und Schule" eingehend beschäftigt und die Verwischung der Grenzen zwischen politischer Betätigung und beruflichem Leben mit Schärfe ablehnt. Jede Uebertragung politischer Gegensätze in die Schule wird darin energisch verurteilt und als verderblich für die Schularbeit bezeichnet, die durch politische Tagesfragen nicht beeinflußt werden dürfe. Ebenso wird verlangt, daß bei der Stellenbesetzung endgültig mit dem jetzt herrschend gewordenen Prinzip gebrochen werde, daß lediglich die Parteizugehörigkeit den Ausschlag gibt. In Anlehnung an die Beschlüsse des Philologenverbandes in Erfurt wird gefordert, daß bei der Besetzung von Beförderungsstellen allein die berufliche und persönliche Eignung entscheidend sein dürfe.

In dem gleichen Aufsatz wird mit dem alten Märchen aufgeräumt, daß die Philologenschaft politisch völlig einseitig orientiert sei. Eine Rundfrage bei annähernd 500 Philologen, deren besondere Betätigung im öffentlichen Leben bekannt ist, hat über ihre Parteizugehörigkeit folgendes Bild ergeben. Es gehörten zur Deutschnationalen Volkspartei 139, Deutschen Volkspartei 152, Zentrumspartei 93, Demokratischen Partei 55, Sozialdemokratie 19, zu sonstigen Parteigruppen 25.

Nach dieser Stichprobe läßt sich die immer wieder von gewisser Seite vorgebrachte Behauptung, daß die Philologenschaft einseitig politisch eingestellt sei und die Jugend in diesem Sinne beeinflusse, nicht länger mehr halten.

Wir begrüßen es, daß von führender Seite der höheren Lehrerschaft mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht wird, daß man die Politik aus dem Leben der Schule völlig fernhalten möchte. Man konnte es nach den krankhaften Auswüchsen kindlich-politischer Betätigung, angefangen von den Schülerräten bis auf den Flaggenstreit, der in der Schule oft mit den Fäusten ausgefochten wurde, bereits als ein Zeichen fortschreitender Gesundung begrüßen, als durch einen Ministerialerlaß in der Schule das Tragen jeglicher Abzeichen verboten wurde. Leider droht ein neuer Erlaß der preußischen Unterrichtsverwaltung diesen Schritt zur „Entpolitisierung" der Schule wieder illusorisch zu machen. Unter dem Druck der Linksparteien hat der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung angeordnet, daß in Zukunft bei Schulfeiern die Schüler Abzeichen in der Reichsfarbe oder in der Farbe des Landes tragen dürfen. Dieser Erlaß muß als höchst bedenklich bezeichnet werden. An Stelle des alten Kampfes „hie schwarz-weiß-rot, hie schwarz-rot-gold" wird ein neuer Streit entbrennen, in welchem den Farben der Republik die schwarz-weißen des alten preußischen Staates gegenüberteten werden. Mit der Ruhe, die im Schulleben bereits eingetreten war, wird es wieder vorbei sein, und die Lehrer werden nach jeder Schulfeier wieder die Hände voll zu tun haben, um die Fülle der Beschwerden aus Elternkreisen und die Angriffe in der Presse zur Erledigung zu bringen.

Neuer Ueberfall auf elsässische Heimatbündler.

Diesmal ist er aber mißlungen.

Straßburg, 26. August.

In Bliesbrücken in Lothringen hatten sich die Freunde des Heimatbundes für Sonntag abend zu einer Versammlung zusammengefunden. Das Versammlungslokal war schon voll besetzt und man wollte zur Eröffnung schreiten, als eine Horde Royalisten, die mit einem Lastwagen von Saargemünd herbeigefahren waren, in den Saal stürmte und mit den Rufen „Vive le roi" und „Es gibt keine Lothringer, es gibt keine Elsässer, es gibt nur Franzosen" auf die überraschten Männer eindrangen. Es kam zu den wüstesten Radaufszenen, wie sie die guten Bürger von Bliesbrücken wohl noch nie erlebt hatten. Halbwüchsige Burschen und rohe Rowdys betitelten alte ehrwürdige Lothringer Männer mit „Boches", „Verräter", „Roschebeitel" (Saubunde!) usw. Hier war aber keine schützende Polizei wie in Colmar und der anfängliche Ueberraschungssieg der „Camelots du roi" artete schließlich in eine panikartige Flucht aus.

Die Einberufung des Preußischen Landtages.

Der Präsident des preußischen Landtages, Bartels, hat den Landtagsabgeordneten folgende Mitteilung zugehen lassen: „Mit Rücksicht auf den vorhandenen nicht besonders dringlichen Beratungsstoff beabsichtige ich, nach der mir erteilten Ermächtigung die nächste Sitzung des Landtages auf Dienstag, den 28. September 1926, mittags 12 Uhr, einberufen. Die Tagesordnung werde ich Mitte September zustellen.

Regierungserklärung vor dem Auswärtigen Ausschuß.

Einstündige Stresemann-Rede.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute vormittag um 10½ Uhr unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Dnatl.) zusammen, um Erklärungen der Reichsregierung über die gegenwärtige politische Situation entgegenzunehmen. Der Ausschuß des Reichstages lehnte zu Beginn der Sitzung den Antrag der Kommunisten ab, die Verhandlungen öffentlich zu führen, d. h. allen Mitgliedern des Reichstages den Zutritt zu gestatten. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt. Dr. Stresemann begann seine Ausführungen mit einer Darlegung der Besprechungen über Eupen und Malmedy und legte dann die außenpolitische Lage in etwa einstündiger Rede dar. Nach ihm sprachen die Abgg. Kaas (Zentr.) und Graf Westarp (Dnatl.). Neben dem im Mittelpunkt des Interesses stehenden Völkerbundsproblem wurden auch die Besatzungs- und Entwaffnungsfrage sowie die Verhältnisse im besetzten Gebiet eingehend erörtert.

Die Geheimkonferenz der Juristen.

Was ist zwischen Hurst, Fromageot und Gaus besprochen worden?

London, 26. August.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt: Sehr wesentliche Ergebnisse scheinen die kürzlichen streng privaten Besprechungen nicht gehabt zu haben, die in erster Linie zwischen Sir Cecil Hurst und Fromageot in London und später in Deutschland zwischen Fromageot und Dr. Gaus über die Möglichkeit von Abänderungen des Cecilschen Planes für halbständige und nichtständige Ratssitze stattgefunden haben. Verschiedene Vorschläge mit dem Ziel, die spanische und die polnische Empfindlichkeit zu besänftigen, sind erwogen worden einschließlich eines Vorschlages der Schaffung halbständiger Sitze von fünfjähriger statt dreijähriger Dauer und des bestimmten Rechtes auf Wiederwahl zu Ende dieses Zeitraumes. Aber Sir Cecil Hurst, mit dem sich am Schlusse der Besprechungen Fromageot und Dr. Gaus mehr oder weniger in Uebereinstimmung befanden, ist, wie verlautet, mißtrauisch bezüglich der Zweckmäßigkeit des Versuches der Abänderung eines Planes, über den in der Studienkommission nur ein beschränktes Maß von Uebereinstimmung erzielt werden konnte. Es könnte sein, daß die

Beseitigung der für Warschau so unbequemen Klausel,

durch die die Völkerbundsversammlung ermächtigt werden würde, ein obstruktionstreibendes nichtständiges Mitglied des Rates vor Ablauf des normalen Mandats dieses Mitgliedes zu beseitigen, vorgeschlagen werden wird. Im übrigen stammt der Gedanke dieser soeben erörterten, auf britische, französische und deutsche Juristen beschränkten Besprechungen, wie verlautet, von Briand. Es ist, so fügt der Berichterstatter hinzu, vielleicht gut, daß sie nicht sehr viele Ergebnisse haben, da diese seltsam geheimen Zusammenkünfte ein recht unnatürliches, vollkommen unnötiges Maß von Argwohn und sogar von Verstimmung unter den Mächten erzeugt hätten, deren Juristen nicht zur Teilnahme eingeladen wurden. Die Kommission umfaßt außer den Locarnomächten (Italien und Belgien) zehn Staaten. Viele von diesen neigen dazu, alle Verhandlungen, von denen sie ausgeschlossen werden, als unberechtigte Versuche einer Minderheit, die Mehrheit gewissermaßen vor vollendete Tatsachen zu stellen, anzusehen. Sie erinnern daran, daß die Märzvorgänge in Genf auch durch vorherige Besprechungen beeinträchtigt worden sind.

Belgiens Programm für Genf.

Brüssel, 25. August.

Bei einem Pressempfang stellte der Minister des Auswärtigen in Abrede, daß Belgien auf eine Wiederwahl in den Völkerbundsrat verzichten würde, und fügte hinzu: Der Augenblick wäre schlecht gewählt, um aus dem Rat auszutreten, oder um Belgien aus dem Rat herauszutreten zu lassen, während sich Deutschland dazu anschickt, gemäß den Versprechungen aller Unterzeichner des Vertrages von Locarno in den Rat einzutreten. Vandervelde erinnerte dann daran, daß im Laufe der Unterredungen von Locarno die Frage

zwischen ihm, Stresemann und Luther lange erörtert

worden sei. Er habe den deutschen Diplomaten den belgischen Standpunkt dargelegt. Diese seien ganz seiner Meinung gewesen und Luther habe noch hinzugefügt, daß er Belgien als Pfeiler des Völkerbundsrates betrachte. Vandervelde erklärte dann: Belgien pflichtet den Beschlüssen des Spezialausschusses bei, der vorigen Juni die Frage prüfte. In der Sitzung vom 30. August wird Belgien die Beschlüsse des Spezialausschusses annehmen, ohne jedoch jede Anregung oder jedes Kompromiß a priori abzulehnen, durch welche Polen und Spanien befriedigt werden könnten. Wir werden auch nicht Zusatzanträge ablehnen, die den Beschlüssen des Spezialausschusses beigefügt werden könnten, wenn diese Anträge das Wahlrecht der Völkerbundsversammlung nicht beeinträchtigen.

Ein französischer Vorschlag zur Lösung des Tangerproblems.

London, 26. August.

Pertinax berichtet dem „Daily Telegraph" aus Paris: Die französische Regierung scheint hinsichtlich der Tangerfrage geneigt zu sein, für die einfachste und leichteste Lösung einzutreten, nämlich für die Uebertragung der bisher von Frankreich eingenommenen vorherrschenden Stellung in der Verwaltung Tangers auf Spanien, indem sie einen Spanier den Vorsitz des Kontrollausschusses und einen anderen Spanier die ebenfalls von einem Franzosen besetzte Stellung eines Hauptverwalters einnehmen läßt. Im Austausch dafür könnte eine Abänderung der spanischen Zone erwogen werden.

London, 26. August.

Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph" zufolge verlautet, daß die vom spanischen Botschafter in Rom Mussolini überreichte Note in der Tangerfrage auch eine Darlegung des Standpunktes Spaniens in der Frage der Völkerbundsratssitze enthalte.

Der französische Schandkrieg in Syrien.

Paris, 26. August.

Die fortdauernden blutigen Kämpfe in Syrien sind den Franzosen wegen des Eindrucks in der Weltöffentlichkeit sehr unangenehm. Sie möchten sie so schnell und gründlich wie irgend möglich beenden und die Syrer niederschlagen. Wie „Echo de Paris" unter Bezugnahme auf die Frage des Nachfolgers de Jouvenels als Oberkommissar von Syrien berichtet, hält Poincaré trotz der Erklärung de Jouvenels die Lage in Syrien für ernst und glaubt, daß sie mehr denn je die Anwesenheit eines Oberkommissars erfordere, der sich ganz seiner Aufgabe widmen könne. Poincaré befürworte die Kandidatur des Generals Weygand, und zwar aus Gründen, die nichts mit Syrien zu tun hätten. Infolgedessen sei es unwahrscheinlich, daß die Wahl der Regierung auf General Gamelin, den Oberkommandierenden der französischen Orientarmee, fallen werde.

London, 26. August.

„Daily News" schreibt in einem Leitartikel: Trotz Jouvenels kühner Behauptung, daß er die ihm in Syrien anvertraute Aufgabe durchgeführt habe, besteht nicht der geringste Zweifel, daß Frankreich in seiner Eigenschaft als Mandatsmacht streng zur Rechenschaft gezogen werden wird wegen der langen Folge verbrecherischer Fehlgriffe. In der Behandlung der syrischen Bevölkerung haben die Franzosen jeden militärischen und politischen Fehler gemacht, den man überhaupt machen konnte. Frankreich flößte dem syrischen Volke einen Geist unversöhnlichen Hasses ein und warf große Gebiete in Armut und Chaos. Es bestehen keinerlei Anzeichen für die Richtigkeit der Behauptungen Jouvenels, daß Syrien verjüngt oder der französischen Herrschaft unterworfen sei. Bei einem Kampf bis zum Ende werden die französischen Truppen und die französischen Missionen natürlich ebenso gewinnen wie in Marokko, aber Syrien ist nicht Marokko, und es ist die Pflicht des Völkerbundes, Frankreich rechtzeitig und energisch an diese wichtige Tatsache zu erinnern.

Leider sind die „Daily News" ein gänzlich einflußloses liberales Blatt und ihre Stimme verhallt daher immer in der politischen Wüste. Keine englische Regierung hat je andere Großmächte an Kolonialgreueln gehindert, es sei denn, daß sie einen Vorwand suchte, die Kolonie selbst zu rauben.

Wupeifu in Hankau eingetroffen.

Weiterer Rückzug der roten Truppen an der Nordfront. — Kanton feiert Feste.

London, 26. August.

„Daily Mail" meldet aus Peking: Wupeifu ist in Hankau eingetroffen und hat den Befehl über die alliierten Streitkräfte, die den Vormarsch der „Roten Truppen" aufhalten sollen, übernommen. Die geschlagenen Kuomingtruppen haben Pamtantscheim in der Mongolei, 800 Kilometer westlich von Peking, erreicht.

EP London, 26. August.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Schanghai werden in Kanton große Massenversammlungen abgehalten, um die militärischen Erfolge der Kantontruppen zu feiern. Gleichzeitig ist eine Woche von Feiertagen beschlossen worden, um die Fortsetzung des Boykotts der englischen Waren zu unterstützen. Drei Regimenter Kantontruppen sind in Wuchang eingetroffen. Die Kantontruppen machen Anstrengungen, um gegen Hankau Fortschritte zu erzielen.

London, 26. August.

„Daily Mail" berichtet aus Tokio, die Hinrichtung von 14 chinesischen Bankiers in Mukden auf Befehl Tschangtsolins wegen Spekulation mit Lebensmitteln habe in allen Bevölkerungsklassen Schrecken erregt und zur fast vollständigen Einstellung des Geschäftslebens in der Mandschurei geführt, da der japanische Yen nur zu hohen, von Tschangtsolin willkürlich festgesetzten Sätzen einwechselbar sei. Die japanische Handelskammer in der Mandschurei habe die japanische Regierung telegraphisch aufgefordert, einen scharfen Protest nach Mukden zu senden.

Ein Korrespondent, der der Hinrichtung in Mukden beiwohnte, berichtet, daß fünf Bankiers am Donnerstagmorgen durch Schüsse in den Hinterkopf getötet worden seien, um die Gesichter für die nachfolgende Schaustellung der Leichen kenntlich zu erhalten. Die Verwandten eines der verurteilten Bankiers hätten Tschangtsolin bergablich 50 000 Pfund dafür angeboten, daß er das Leben des Bankiers schone. Am Nachmittag seien neun weitere Bankiers an den ausgestellten Leichen vorbei zu ihrer eigenen Hinrichtung geführt worden. Eine der Lieblingsfrauen Tschangtsolins habe ihm im Namen der Frauen der Verurteilten ein Gnadengesuch überbracht, das unberücksichtigt blieb.

— Der Oberkommandierende der englischen Rheinarmee beim Rheinlandkommissar. Der Oberkommandierende der englischen Rheinarmee hat bem hier auf seiner Besitzung weilenden Reichskommissar für die besetzten Gebiete, Langerib von Simmern, einen Besuch abgestattet.

Preußenfeindliche Agitation im Rheinland.

Von

Dr. Wolfgang Peters.

Der rheinische Separatismus, der den Ruhrkampf benutzen wollte, um die Westmark vom Deutschen Reich loszureißen, ist zu Tode getroffen. Seine Drahtzieher sitzen in ihren Villen in Luxemburg und Paris und stellen vielleicht in einer Stunde ehrlicher Ueberlegung Betrachtungen darüber an, daß das Geld schließlich doch nichts über die blutmäßige Zusammengehörigkeit eines Volkes vermag, und daß selbst die heiligsten Güter der Erde, wie der französische Franc, ins Wanken kommen können, mit den verführten Anhängern im Lande ist die Volkswut des Rheinländers nicht gerade säuberlich verfahren. Man kennt sie alle und hält ein scharfes Auge auf sie; sie wagen sich nicht zu rühren. Die Methode der Gewalt hat hier ebenso wenig wie anderswo verfangen, wo die tiefsten Leidenschaften des Volkslebens mitsprechen; und ungeschickter als die französische Propaganda konnte man kaum verfahren, gründlicher konnte man die Psychologie des deutschen Rheinlandes nicht mißverstehen.

Trotzdem darf man nicht verschweigen, daß es im Rheinland stets Kreise gegeben hat, die eine Aenderung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnisses erstreben. Nicht, daß eine Lostrennung vom Deutschen Reich beabsichtigt wäre; wohl aber besteht eine gewisse Gegnerschaft gegen Preußen, die sich rein gefühlsmäßig auf die Verschiedenheit des westdeutschen Volkscharakters vom ostdeutschen gründet und die behauptet, daß das Rheinland vom Osten her ohne Rücksicht auf seine Stammesbesonderheit und seine besonderen Bedürfnisse regiert wird. Diese Auffassung führt den Kampf gegen den straff zentralisierten preußischen Großstaat. Sie bekennt sich zu dem Programm einer Einigung Groß-Deutschlands auf föderalistischer Grundlage unter besonderer Betonung der Stammeszusammengehörigkeit und sieht in dem angeblich anorganischen, durch Eroberungen zusammengefügten preußischen Staatswesen das Haupthindernis einer gesunden Entwicklung des künftigen großdeutschen Reiches. Dem Kenner der deutschen Geschichte sind solche Gedankengänge geläufig. Die historische Romantik hat im Herzen des politisierenden Deutschen von jeher einen breiten Raum eingenommen. Das deutsche Volk, das den Prozeß seiner Staatwerdung noch längst nicht abgeschlossen hat, wird sich mit diesen Rudimenten einer unpolitischen Vergangenheit noch lange herumschlagen müssen.

Es ist kein Zufall, daß heute an der Spitze einer solchen anarchisch-föderalistischen Bewegung im Rheinland ein deutscher Gelehrter steht, der Prof. Dr. jur. Schmittmann in Köln. Er ist dabei, eine Organisation zu schaffen, die auf breiter, weltanschaulicher Grundlage diesem Föderalismus die Bahn brechen soll. Er hat einen Reichs- und Heimatbund deutscher Katholiken gegründet, der überall Ortsgruppen ins Leben ruft und in die Werbearbeit eingetreten ist. Er plant einen Zusammenschluß aller deutschen Föderalisten zu geschlossenem politischen Auftreten und rechnet damit, daß sich auch eine ganze Reihe gläubiger Protestanten in Bayern, Sachsen, Hessen und Mecklenburg zu diesen Ideen bekennen werden, weil sie „den politischen Protestantismus der Rechtsparteien herzlich satt haben". Inzwischen hat sich eine „Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten" gebildet, an der der streng konfessionelle Reichs- und Heimatbund sich beteiligt, und die die politischen Aufgaben übernehmen soll. In welcher Richtung die Reichsarbeitsgemeinschaft arbeitet, erkennt man aus einer Entschließung über die „Großhessische Frage", die das Ergebnis einer Anfang März in Frankfurt a. M. stattgehabten Beratung ist. Sie fordert, daß alle Pläne, Hessen etwa in Anbetracht seiner schwierigen Finanzlage an Preußen anzugliedern, aufgegeben werden, und das statt dessen in Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung „zur Erzielung wirtschaftlicher und kultureller Hilfsleistung" ein großhessisches Land errichtet wird, „welches das neu sich bildende Rhein-Mainische Wirtschaftsgebiet mit Frankfurt a. M. als Mittelpunkt erfassen und den Beruf des hessischen Stammes als Eckpfeiler des deutschen Staatsgefüges und Bindeglied zwischen Nord und Süd, zwischen niederdeutschem und oberdeutschem Volkstum erfüllen soll". So weit die Absichten der Reichsarbeitsgemeinschaft deutscher Föderalisten. Der Angriff wird konzentrisch gegen das Gefüge des preußischen Staates gerichtet.

Der Reichs- und Heimatbund selbst verfolgt dieselben Pläne auf dem geistigen Grunde eines roman-